

**Sie wollen noch kurz einkaufen? Bei uns immer länger!**  
 365 Tage Shoppen & Genießen im Einkaufsbahnhof Hannover.  
 9-22 Uhr und länger  
 IHR EINKAUFSAHNHOF HANNOVER HAUPTBAHNHOF

# Hannoversche Allgemeine

www.haz.de

Donnerstag, 4. Juli 2013

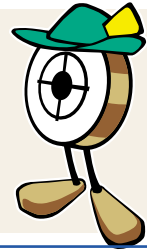
ZEITUNG

Nr. 153 • 27. Woche • Preis 1,50 €

HANNOVERSCHER ANZEIGER VON 1893

## Eine Frage der Haltung:

In der hannoverschen Oper geben Tangotänzer den Ton an / **S. 6**



## Bis zum Morgen:

Warum die Prominacht beim Schützenfest Kultstatus hat / **S. 15**



## Zurück zum Erfolg:

Mirko Slomka weckt bei den „Roten“ neue Angriffslust / **S. 22**

## Altengerechte Wohnungen fehlen

**Hannover** (se). Das Pestel-Institut für Systemforschung hat vor einem dramatischen Mangel an Wohnungen für Senioren und Behinderte gewarnt. Allein für die Region Hannover beziffern die Wissenschaftler den zusätzlichen Bedarf bis zum Jahr 2035 auf mehr als 35 000 Wohnungen dieses Segments. Um entsprechende Neubauten und Sanierungen zu finanzieren, seien mehr als 550 Millionen Euro erforderlich. Die Studie basiert auf den jüngst veröffentlichten Bevölkerungsdaten aus dem bundesweiten Zensus sowie auf den Prognosen über die Altersentwicklung. Das Pestel-Institut erwartet, dass im Jahr 2035 mehr als 311 000 Menschen in der Landeshauptstadt und dem Umland älter als 65 Jahre sein werden – ein Drittel mehr als heute. Die Politik müsse barrierearmen Wohnungsbau stärker fördern, heißt es in der Studie. **Seite 13**

## HEUTE IN DER HAZ

### Kritik an Blaskapellenidee

**Hannover**: Der Vorschlag des CDU-Oberbürgermeisterkandidaten Matthias Waldruff, bei 96-Spielen im Stadion zur Befriedung der Stimmung Blaskapellen spielen zu lassen, trifft auf harsche Kritik. Fanforscher Gunter A. Pilz findet den Vorstoß „dilettantisch und populistisch“, Stadionchef Thorsten Meier hält ihn für nicht umsetzbar. **Seite 13**

### Kein Klo vor der Oper

**Hannover**: Die Diskussion um die Errichtung eines Toilettenhäuschens vor der Oper hat ein überraschendes Ende gefunden. Wie die Stadt mitteilt, hat sie den Plan aufgegeben, ein solches Häuschen auf dem Platz aufzustellen. Es sei nicht möglich, einen „nachbarschaftlich akzeptierten Standort“ dafür zu finden. **Seite 13**

### Druck auf Rocker wächst

**Welt im Spiegel**: Mit aller Härte gehen Politik und Polizei gegen die Rockerszene vor: Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich verfügte am Mittwoch erstmals die Auflösung eines Regionalverbands von Rockern. In Brandenburg verbot der dortige Innenminister weitere Rockerklubs. **Seite 8**

### Sanierung in Gefahr

**Wirtschaft**: Die Sanierung des hannoverschen Elektronikspezialisten Höft & Wessel droht am Widerstand der Unternehmensgründer zu scheitern. Die Altschaffner Michael Höft und Rolf Wessel verweigern offenbar ihre Zustimmung zu dem Rettungspaket, auf das sich die Banken, ein Großinvestor und der Vorstandschef verständigt haben. **Seite 12**

**Dax** 7829,32 (- 81,45)  
**Dow Jones** 14 988,55 (+ 56,14)  
**Euro** (EZB) 1,2959 (1,3017) Dollar

### Lisicki will ins Finale

**Sport**: Tennisprofi Sabine Lisicki spielt heute gegen die Polin Agnieszka Radwanska um den Einzug ins Finale von Wimbledon. Die Berlinerin wäre die erste deutsche Spielerin nach Stefanie Graf im Jahr 1999, die das Endspiel des traditionsreichen Turniers erreicht. **Seite 21**

**Lottozahlen**: 7, 9, 13, 14, 17, 36  
**Superszahl**: 2  
**Spiel 77**: 05 2 6 7 4 7  
**Super 6**: 3 4 5 8 5 0 (ohne Gewähr)

## Hannoversche Allgemeine

Rätsel	Seite 7, 18
Börsen & Märkte	Seite 10
Roman	Seite 14
Familienanzeigen	Seite 18
Kino	Seite 19
Leserbriefe	Seite 20
Medien & TV	Seite 23
Täglich (fast) alles	Seite 24

Meist stark bewölkt, nur örtliche Auflockerungen. Wind schwach aus westlichen Richtungen. **Seite 24**

Postanschrift: 30148 Hannover  
 Redaktion: (05 11) 5 18-0  
 Kleinanzeigen Privatkunden: 08 00-1 23 44 01\*  
 Kleinanzeigen Geschäftskunden: 08 00-1 23 44 02\*  
 Telefax Kleinanzeigen: 08 00-1 23 44 10\*  
 Abonnenten-Service: 08 00-1 23 43 04\*  
 Internet: www.haz.de  
 \*Kostlose Servicenummer.



## Die große Freude nach dem Putsch



Bis zum Abend hatten sich Anhänger und Gegner des ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi auf den Straßen Kai-

ros belauert – als Armeechef Abdel Fattah al-Sisi dann aber die Ablösung Mursis verkündete, brach auf dem Tahrir-Platz

Jubel los. Demonstranten schossen Raketen in die Luft, hupende Autokorsos kreuzten durch die Stadt, Zehntausende

schwenkten Fahnen. Das Militär hielt sich im Hintergrund. Am Vortag waren bei Krawallen 22 Menschen gestorben.

# Ägyptens Militär putscht Mursi aus dem Amt

## ■ Armeechef kündigt Neuwahlen an

**Kairo**. Die ägyptische Armee hat den islamistischen Präsidenten Mohammed Mursi entmachtet und Neuwahlen angekündigt. Vorläufig wird der Präsident des Verfassungsgerichts, Adli Mansur, die Geschicke des Landes lenken, wie Verteidigungsminister Abdel Fattah al-Sisi am Mittwochabend in einer Fernsehansprache sagte. Zudem hob die Armee die von den Islamisten ausgearbeitete Verfassung auf. Damit setzte das Militär nach nur einem Jahr die gewählte Regierung Ägyptens ab.

„Die Armee will nicht an der Macht bleiben“, versicherte Al-Sisi. Das Militär hatte Mursi bis gestern Nachmittag Zeit gegeben, einen Ausweg aus der Krise zu finden, etwa durch vorgezogene Präsidentschaftswahlen. Nach Ablauf dieses Ultimatums war die Armee mit Panzern

## ■ Die Verfassung ist aufgehoben

ausgerückt. Nach Angaben von Augenzeugen fuhrn Militärfahrzeuge in der Hauptstadt Kairo und in anderen Städten durch die Straßen.

Zuvor war die Militärführung in einem Krisentreffen mit den Spitzen der Opposition und hohen kirchlichen Würdenträgern zusammengekommen. Mit dabei waren der Friedensnobelpreisträger Mohammed ElBaradei, Vertreter der Protestbewegung „Tamarud“, der Großscheich der Al-Azhar-Universität, Ahmed al-Tajjib, und der koptisch-orthodoxe Papst Tawadros II. Die Partei der Muslimbruderschaft – aus der Mursi stammt – nahm nicht teil.

In den vergangenen Tagen hatten Millionen Menschen bei Kundgebungen den Rücktritt Mursis gefordert. Die Islamisten wollen eine Entmachtung nicht hinnehmen. Mursi selbst hatte bis zuletzt einen Rücktritt ausgeschlossen. Er wie-

## ■ Moslembrüder geben nicht klein bei

derholte das Angebot, eine Koalitionsregierung zu bilden. Bei Krawallen und Schießereien waren mindestens 22 Menschen ums Leben gekommen.

Die Polizei nahm Leibwächter des Vorsitzenden der Muslimbrüder, Mohammed Badia, wegen des Tragens von Waffen ohne Lizenz fest. Die ägyptische Zentralbank ordnete laut Staatsfernsehen die Schließung aller Geldinstitute im Land an. Am heutigen Donnerstag sollen sie aber für mehrere Stunden wieder öffnen. Die Protestbewegung kritisiert Mursi wegen seines autoritären Führungsstils, einer fortschreitenden Islamisierung im Land und auch wegen einer dramatisch verschlechterten Wirtschaftslage. Mursis Anhänger sehen die Krise als ideologischen Machtkampf – für oder gegen den Islam.

► Bange Blicke aus Berlin Seite 3

## CO<sub>2</sub>-Rechte werden teurer

**Straßburg** (dpa/rtr). Die Industrie in Europa soll für Luftverschmutzung mehr zahlen. Die Abgeordneten des EU-Parlaments stimmten am Mittwoch in Straßburg für eine vorübergehende Verknappung der Zertifikate für den Ausstoß des Treibhausgases CO<sub>2</sub>. Dies soll den Preis nach oben treiben und den Ausstoß von Kohlendioxid verteuern. Für die Reform ist noch die Zustimmung der EU-Staaten notwendig. Der Emissionshandel hat seine Wirkung verloren, da der Preis für solche Zertifikate stark gefallen ist.

► Pläne für Emissionshandel Seite 9

## De Maizière: Lob war vielleicht übertrieben

**Berlin** (dpa). Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) hat eingeräumt, dass er vor der Drohnen-Affäre möglicherweise als Politiker überschätzt worden ist. „Vielleicht war das Lob in den letzten Jahren etwas übertrieben“, sagte der CDU-Politiker in einem Interview der „Zeit“. Er stauete gelegentlich selbst über die Ereignisse der vergangenen Wochen. De Maizière zählte lange Zeit zu den beliebtesten Politikern Deutschlands, verlor durch die Affäre um das teure Scheitern des Drohnen-Projekts „Euro Hawk“ aber erheblich an Ansehen.

## EU verspricht mehr Jobs für die Jugend

**Berlin** (rtr). Bei ihrem Gipfeltreffen in Berlin haben sich die Staats- und Regierungschefs von rund 20 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) nach Worten von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf die Bekämpfung der hohen Jugend Arbeitslosigkeit in weiten Teilen Europas verpflichtet. Jeder habe seine Verantwortung übernommen, sagte Merkel in Berlin. Sie sprach von nun acht Milliarden Euro, die dafür ab 2014 auf EU-Ebene vorgesehen und noch nicht in den klassischen Strukturen verplant seien.

► Die Konferenz in Berlin Seite 4

# Wenn Urlaub krank macht

Für Millionen Deutsche beginnen die Ferien regelmäßig mit Schnupfen – Experten nehmen die Freizeitkrankheit ernst

VON MARGIT KAUTENBURGER

Es ist wie ein Fluch: Monatlang hat man sich auf die Reise gefreut, doch kaum hat der Urlaub begonnen, kratzt es im Hals, und der Kopf droht. Pünktlich zum Ferienstart kommt die Erkältung. Das leidige Phänomen hat einen Namen: Freizeitkrankheit (oder „Leisure Sickness“) nennen es die Psychologen. Sie trifft vor allem Berufstätige, die häufig unter Stress arbeiten; ehrgeizige Menschen, die sich im Alltag wenig Pausen gönnen und sich schwer tun, abzuschalten. Ein „Phänomen unserer Zeit“, nennt Gesundheitspsychologin Julia Scharnhorst die Freizeitkrankheit. Heute könne man auch zu Hause am Laptop sitzen, ständig E-Mails sichten und telefonieren, sagt sie. „Wenn solche Menschen dann im Urlaub runterkommen wollen, spielt der Körper nicht mit.“ Das sei nicht verwunderlich, meint

Scharnhorst und liefert folgende Erklärung: Wer unter Dauerstress steht, habe einen erhöhten Adrenalinspiegel. Das Immunsystem laufe auf Hochtouren und könne Krankheitserreger gut abwehren. Lasse die Anspannung nach, wolle der Körper sich erholen, der Adrenalinspiegel falle und die Immunabwehr lasse nach. „Dann ist die Bahn frei für Keime“, erklärt Scharnhorst und spricht vom „Phänomen des offenen Fensters“. Husten, Schnupfen, Magen-Darm-Infekte seien die Folge, viele fühlten sich allgemein müde und erschöpft. Die Wissenschaft nimmt die Freizeit-

krankheit ernst. Zwei niederländische Psychologen von der Universität Tilburg waren die ersten, die sich 2001 in einer Studie damit befassten. Demnach leiden etwa drei Prozent der Deutschen unter der psychosomatischen Erkrankung. Die Barmer GEK schätzt, dass rund ein Viertel der Arbeitnehmer betroffen ist. Allerdings erfassen Krankenkassen nicht, wie häufig Urlaub krankmeldet. Der Münchener Stressexperte Louis Lewitan (bekannt durch sein Buch: „Die Kunst, gelassen zu bleiben“) hat als Unternehmensberater Probleme mit der „Modediagnose Freizeitkrankheit“. Hinter den Symptomen stecke ein tieferes Problem, sagt er. Wer ständig auf der

Überholspur lebe und sich über Leistung definiere, mache sich davon abhängig. Arbeitswütige Menschen verlernten die Fähigkeit, sich zu erholen, fühlten auch in der Freizeit den Zwang zur Leistung, etwa beim Sport. „Solche Menschen erleben lustvolle Entspannung als bedrohlich und entwickeln Schuldgefühle“, sagt er. „Sie nehmen sich im Urlaub nicht die Zeit, psychisch und mental abzuschalten.“ Es ist nicht leicht, aus diesem Hamsterrad auszubrechen. Betroffene, sagt Psychologin Scharnhorst, müssten lernen, sich zu entspannen, zum Beispiel durch Yoga oder Meditation. Urlaubern rät sie, entspannt in die Ferien zu gehen, also vor der Reise Puffertage einzulegen und den Urlaub nicht zu voll zu packen mit Aktivitäten. Sonst könne es passieren, dass jemand regelrechte Angst vor Ferientagen bekomme, weil es ihm dann wieder schlecht gehen könnte.



„Dann ist die Bahn frei für Keime“. Entspannung kann krank machen. Fotolia

## Niedersachsens Etat Zielpunkt 2020

VON KLAUS WALLBAUM

Gute Politiker müssen die Kraft aufbringen, einen als richtig erkannten Weg nicht nur zu beschreiben, sondern auch zu gehen – notfalls auch gegen Widerstände. Genau das haben Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil und seine rot-grüne Regierung offenbar vor. Mit ihrem Haushaltsplan, dessen Entwurf gestern vorgelegt wurde, gehen SPD und Grüne frisch ans Werk. Einerseits geben sie zusätzliches Geld aus, etwa für die Abschaffung der Studiengebühren. Aber auch Zumutungen sind eingeplant. Die Gymnasiallehrer sollen eine Stunde länger arbeiten, Lehrern über 55 wird eine versprochene Entlastung wieder gestrichen. Der Aufschrei der Lehrverbände ist groß. Aber Weil und seine Minister halten an den Plänen fest – und laden damit die Gewerkschaften zu einer Kraftprobe ein. Gegenwind wird die neue Regierung auch bei der Opposition im Landtag bekommen. Dort steht die Regierung im Verdacht, die Gymnasien ohnehin stiefmütterlich zu behandeln. Erst wird die Gründung neuer Gesamtschulen erleichtert, dann werden nicht alle freien Stellen an Gymnasien neu besetzt. Und jetzt noch Mehrarbeit für Studienräte?

Stephan Weil traut sich etwas, ...

Auf der anderen Seite weiß Weil: Die Lehrer werden Proteste gegen eine längere Arbeitszeit nicht bei allen Bürgern Zuspruch ernten. Es wird etliche Leute geben, die sagen: Respekt! Weil traut sich etwas und wagt den Konflikt mit mächtigen Verbänden!

Tatsächlich kann der Streit um die Lehrerarbeitszeit der neuen Regierung auch den Ruf von Stärke und Gestaltungskraft geben. Allerdings nur dann, wenn die rot-grüne Koalition im Landtag geschlossen mitzieht. Das ist unter den Bedingungen einer Einstimmigkeit keine Selbstverständlichkeit. Bis zum Haushaltsbeschluss im Parlament vergehen noch fünf Monate. Da ist viel Zeit für Demonstrationen, Debatten und Einflussnahmen.

Manche bei SPD und Grünen werden fragen, ob denn dieser Konflikt mit den Lehrern überhaupt nötig ist. Die Haushaltslage ist in der Tat ungewöhnlich gut, Rot-Grün nutzt die Steuermehreinnahmen von knapp einer Milliarde Euro auch für kräftige Mehrausgaben – vor allem für Ganztagschulen, für weitere Bildungsprojekte und für Krippenplätze, aber auch für eine Beförderung von Polizisten. Es wäre ein Leichtes gewesen, auf die Mehrarbeit für Gymnasiallehrer zu verzichten und trotzdem große Wohltaten für die Bildung zu beschließen. Aber dann hätte eben jeder gesagt: Rot-Grün verteilt Geld und scheut Konflikte. Diesem Eindruck jedoch wollte der Ministerpräsident offenbar vorbeugen.

Gemessen an der aktuellen politischen Lage in Niedersachsen hat Weil seinen Haushalt klug kalkuliert. Nimmt man aber die künftige Entwicklung des Landes in den Blick, trübt sich das Bild ein wenig ein: Eine angemessene Antwort auf die absehbar kommenden Probleme enthält der Etatentwurf nicht. Es wird kräftig umverteilt, die Schulen profitieren. Die Gestaltungskraft, die daraus spricht, ist zwar beachtlich. Aber wo bleibt die Vorsorge für die Zukunft?

... muss aber in Zukunft noch nachlegen

Die Vorgängerregierung von David McAllister hatte in den Finanzplänen für die nächsten Jahre einer Verringerung der Neuverschuldung eine höhere Priorität gegeben – und dafür allerdings auch einen politischen Preis bezahlt. In dem Bemühen, möglichst rasch von der Kreditfinanzierung wegzukommen, verzichteten Union und FDP auf neue teure Projekte in der Bildungspolitik. „Im Zweifel sparen“, lautete die Devise von Schwarz-Gelb. „Im Zweifel mehr für die Bildung“, heißt die von Rot-Grün.

Irgendwann aber werden auch SPD und Grüne die Linien von finanzpolitischen Vorgaben einerseits und bildungspolitischen Plänen andererseits nicht mehr in die Zukunft hinein verlängern können, ohne dass sie sich überkreuzen. Vom Jahr 2020 an gilt für alle Bundesländer ein komplettes Neuverschuldungsverbot: Dies ist der Zielpunkt, auf den sich eine redliche Landespolitik schon jetzt ausrichten hat. Je früher Weil in den kontrollierten Sinkflug übergeht, umso besser lassen sich dramatische Szenen verhindern. Die rot-grünen Beschlüsse von gestern bedeuten mehr Ausgaben für Personal und lassen eine weitere Ausweitung der Stellen des Landes befürchten. Bei schrumpfender Einwohnerzahl muss aber der öffentliche Dienst schlanker und effektiver werden. Stellen müssen auf mittlere Sicht abgebaut werden, in den Kommunen, in allen Teilen der Landesverwaltung und sogar – auch wenn es in der CDU noch immer niemand aussprechen will – auch in den Schulen.